

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. ZT-100/36-III/7/85 (25)

BMfHGuI vom 16. Juli 85,
Z. 70.510/39-VII/4a/85;
Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem
das Altölgesetz geändert wird;
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

Beilagen: 25

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33

Durchwahl 1405

Sachbearbeiter:

MR Dr. Kitzmantel

An das

Präsidium des Nationalrates

Wien

Datum: 12. SEP. 1985

Verteilt: 13. SEP. 1985

H. Esterer

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, in der Beilage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf des Bundesministeriums
für Handel, Gewerbe und Industrie für ein Bundesgesetz mit dem das Altöl-
gesetz geändert wird zur weiteren Veranlassung zu übermitteln.

30. August 1985

Für den Bundesminister:

Dr. Egger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

MMX

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. ZT-100/36-III/7/85

BMfHGuI vom 16. Juli 1985,
Z. 70.510/39-VII/4a/85;
Entwurf eines Bundesgesetzes mit
dem das Altölgesetz geändert wird;
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

Himmelfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 53 33

Durchwahl 1405

Sachbearbeiter:

MR Dr. Kitzmantel

An das
Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie
Abteilung II/1

W i e n

Das Bundesministerium für Finanzen gestattet sich, zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Altölgesetz geändert wird, folgende Stellungnahme abzugeben:

Die in den Erläuterungen zu dem vorliegenden Entwurf erwähnte Kontrolle der Einfuhren durch Wegfall der Zollämterermächtigung für Altöl (und damit Aktivierung der Bewilligungspflicht nach dem Außenhandelsgesetz) hat zur Voraussetzung, daß die in Frage kommenden Produkte nach zolltarifarischen Gesichtspunkten erfaßt werden können. Für solche Zwecke zu schaffende Unterteilungen des Zolltarifs müssen aber nach objektiven Kriterien anhand eindeutig festzustellender Merkmale untereinander abgrenzbar sein.

Aus dieser Sicht darf darauf hingewiesen werden, daß sich die im § 2 Abs. 1 des Entwurfes enthaltene Definition für Zwecke der zolltarifarischen Erfassung von Altöl nicht eignet. Dies ergibt sich daraus, daß "gebrauchte" Mineralölerzeugnisse in vielen Fällen von "nicht gebrauchten" kaum nach objektiven Kriterien unterscheidbar sein werden. Das gleiche gilt für den

- 2 -

Ausdruck "durch einen produktspezifischen Gebrauch verunreinigt". Überdies stellt sich die Frage, was mit einem "nicht gebrauchten" und "nicht durch einen produktspezifischen Gebrauch verunreinigten" Mineralöl, also etwa mit einem umweltschädlichen Nebenprodukt zu geschehen hat.

Im Zusammenhang ist aus warenkundlicher Sicht noch festzustellen, daß § 2 Abs. 4 des Entwurfes trotz der zugehörigen Erläuterungen nicht ganz verständlich erscheint. "Wenn das Vorprodukt des Altöls nicht mehr seinem ursprünglichen Zweck entsprechend verwendet wird" könnte umgekehrt bedeuten, daß eine entsprechende Verwendung eines verunreinigten Mineralöles nicht zur Entstehung von Altöl führt. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob § 1 des Altölgesetzes in der gegenwärtigen Fassung aufrecht erhalten werden soll, weil auch die Anführung der "Tätigkeiten", die zu Altöl führen, ein - wie es scheint - verzichtbares weiteres Definitionselement darstellt.

Prinzipiell ist aber festzustellen, daß die Administrierung von Verkehrsbeschränkungen (auch solcher aus Gründen des Umweltschutzes) auf der Basis des Außenhandelsgesetzes bisher auch vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nicht gutgeheißen wurde, weil die Zielsetzungen dieses Gesetzes von wirtschaftlichen Motiven bestimmt sind und deshalb derartige Maßnahmen in der Vergangenheit Kritik von Seiten ausländischer Handelspartner (etwa im Rahmen des GATT) nach sich zogen. Solche Verkehrsbeschränkungen sollten besser auf Bestimmungen in den jeweiligen Spezialgesetzen (hier Altölgesetz) beruhen.

Die in den Erläuterungen zum vorliegenden Entwurf erklärte Absicht, für Zwecke des Außenhandelsgesetzes allenfalls eine andere Definition für Altöle anzuwenden, erscheint darüber hinaus nicht glücklich, weil danach weiterhin gewisse Altöle eingeführt werden könnten.

Sollte sich trotz dieser Einwände ein anderer Weg zur Beschreibung und Einfuhrbehandlung von Altölen nicht finden lassen, so wird empfohlen, die Zollämterermächtigungs-Verordnung (Anlage 2) wie folgt zu ändern:

1. Streichung der Position "ex 27.10 I Andere Waren dieser Nummer, ausgenommen: Transformatorenöle" und

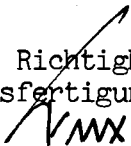
- 3 -

2. Modifizierung der Position "ex 38.19 L" auf "ex 38.19 L Andere Waren dieser Nummer, ausgenommen Waren, die Erdöl oder Öle aus bituminösen Mineralien enthalten, sowie feuerfeste Mörtel und Putze ... (Rest unverändert)"

Damit würden die meisten Altöle der Bewilligungspflicht unterliegen. Allerdings würde auch ein darüber hinausgehender Warenkreis erfaßt werden; dieser Nachteil müßte in Kauf genommen werden.

30. August 1985
Für den Bundesminister:
Dr. Egger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

 VMX